

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1922**

473 (12.10.1922) Abendausgabe

Bezugs-Preise: In Karlsruhe: Im Verlage und in den Zweigstellen abgeholt monatlich M. 135.—, frei ins Haus geliefert M. 210.—

Die Spat-Ronvareillezelle M. 26.—, auswärts M. 36.—, Stellenanzeige u. Familienanzeigen M. 17.—, die Reklamenzelle M. 120.— an 1. Stelle M. 135.—

Badische Presse und Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung Verbreitetste Zeitung Badens

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Väterzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von Ferd. Thiergarten. Chefredakteur: Dr. Walter Schneider. Verantwortliche Redakteure: Für Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Schneider; für badische Politik: Dr. Volzinger; für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung: A. Busch; für lokale Angelegenheiten und Sport: H. Boserauer; für die Handelszeitung: Dr. S. Pröbe; für die Anzeigen: H. Rindspacher, alle in Karlsruhe.

Ausscheiden des Staatspräsidenten Dr. Hummel aus dem badischen Staatsdienst.

Staatspräsident Dr. Hummel hat heute dem badischen Kabinett von seiner Absicht Mitteilung gemacht, mit Ablauf seines Staatspräsidenten sein Amt als Unterrichtsminister niederzulegen. Er ist zu diesem Beschluß lediglich aus dem Grund gekommen, weil er ein Angebot nicht zurückweisen zu dürfen glaubte, das ihn wieder auf das Gebiet seiner eigentlichen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen zurückführt.

Amerikanisches Anleiheverbot.

Washington, 12. Okt. Nachdem in amerikanischen Reigerungskreisen die Überzeugung zum Ausdruck gebracht worden ist, daß man in der nächsten Zeit außer den Großbritanniern keine Zahlungen seitens der europäischen Schuldnerstaaten auf Zinsen und Kapital der Kriegsschulden erhalten werde, ist hier eine neue Entscheidung in der Schuldfrage bekannt geworden. Diese Entscheidung kommt einem vollständigen Anleiheverbot gleich. Bisher war nur bekannt, daß die amerikanische Regierung entschlossen wäre, ihren Verbündeten keine weiteren Anleihen zu gewähren. Jetzt soll diese Politik dahin erweitert werden, daß auch alle amerikanischen Bankiers und Finanzinstitute nach Möglichkeit davon abgehalten werden sollen, europäischen Staaten Kredite zu gewähren.

Die französischen Kriegsschulden. Paris, 12. Okt. Der „New-York Herald“ schreibt: Die Denksachen aus Washington über die Bezahlung der internationalen Schulden hätten einen hohen Beamten des Finanzministeriums veranlaßt, gewisse Erklärungen abzugeben, die wie folgt zusammengefaßt werden können:

- 1. Nach dem Studium der augenblicklichen Lage in Europa glaubt die französische Regierung nicht imstande zu sein, seine Schulden gegenüber Amerika zu begleichen, noch während der nächsten vier Jahre die Zinsen zu bezahlen, wegen der Notwendigkeit, in welcher sich Frankreich befindet, alle seine Einnahmen für den Wiederaufbau der verfallenen Gebiete zu verwenden.
2. Könnte Frankreich den Vorschlag des Senators Lodge nicht annehmen, der darin besteht, die Zahlungen durch neue Garantien zu ersetzen unter der Bedingung, daß der Zahlungstermin und die Zinsen endgültig festgelegt werden.
3. Suche die französische Regierung eine neue Formel, um das Reparationsproblem und das Problem der Schulden zu lösen. Es liege in ihrer Absicht, am nächsten Finanzkongreß, der am 23. November in Brüssel stattfindet und dem Voincaré beizuwohnen wird, diese Formel vorzuschlagen. Diese Lösung hätte zur Folge, die deutschen Schulden, sowie die nächsten Zusammenhänge zu verringern, um die Forderungen Frankreichs so um 25 Prozent herabzusetzen.

Das russische Wehrpflichtgesetz.

Moskau, 12. Okt. Der Entwurf des Wehrpflichtgesetzes der Sowjetregierung enthält folgende Bestimmungen: Alle Bürger, die das 20. Lebensjahr erreicht haben, sind wehrpflichtig und der betreffende Jahrgang wird im Februar oder März eingezogen.

Personen, denen infolge ihrer Klassenzugehörigkeit oder ihrer Regierungsunfähigkeit Waffen nicht in die Hand gegeben werden können, haben ihrer Dienstpflicht nach besonderem noch zu veröffentlichen Bestimmungen zu genügen. Die aktive Dienstzeit beträgt bei Infanterie und Artillerie 1 1/2 Jahre, Kavallerie 2 1/2 Jahre, Luftstreitkräfte 3 1/2 Jahre und bei der Marine 4 1/2 Jahre.

Tschitscherin über die Verhandlungen in Berlin.

Paris, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der „Times“-Korrespondent in Peking meldet seinem Blatt, daß Tschitscherin dem Zentralrelativitätsbüro in Moskau einen Bericht über das Ergebnis der langwierigen, in Berlin geführten Verhandlungen mit der deutschen und mit der französischen Regierung vorgelegt hat. Tschitscherin schildert darin, daß er in den Industrie- und Handelsstreifen Deutschlands einer gewissen Kälte begegnet sei. Die Haltung der deutschen Regierung, so erklärt er, sei unverändert freundlich, doch hätten sich mächtige Einflüsse geltend gemacht, die eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands an die Entente begünstigten und den internationalen Plan der russischen Regierung opfern wollten. Viel optimistischer spricht sich Tschitscherin über die etwaige Wiederaufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit Frankreich aus. „Ich bin überzeugt“ — so erklärt er — „von der Möglichkeit dieses Abkommens mit Frankreich, vorausgesetzt, daß wir keine Forderungen genügend berücksichtigen. Solche Verträge sind für Rußland eine dringende Notwendigkeit.“

Die Türkei und die Friedenskonferenz.

Paris, 12. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der hiesige Vertreter der Angora-Regierung, Zering Bey, hat sich dem „Petit Parisien“ gegenüber folgendermaßen über die bevorstehenden Friedenskonferenz geäußert:

Was die Grenzfragen anbetrifft, so steht nur noch die Grenze nach Mesopotamien nicht fest. Die übrigen Süd- und Ostgrenzen der Türkei sind inzwischen durch Verträge mit anderen Staaten festgelegt worden. Der im Jahre 1920 geschlossene nationale Pakt wird die Türkei hindern, jemals irgend etwas zu unterzeichnen. Was mit dem Buchstaben und dem Geist-jenes Paktes in Widerspruch stehen würde. Die türkische Staatsschuld betrachten wir als eine Privatangelegenheit zwischen der Türkei und ihren Gläubigern. Die äußere Schuld des Landes beläuft sich übrigens jetzt nur auf 800 Millionen Franken, da die Regierung von

Angora in den letzten drei Jahren keinerlei Papiergeld ausgegeben hat. Das Problem des Böllers und es wird auf der Konferenz besonders besprochen werden, vor allem aber müssen die Kapitulationen abgehandelt werden.

Die Regierung von Angora gegen die Verräter.

Paris, 11. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times“ melden aus Konstantinopel, daß die Kommissare der Entente von der Absicht der Regierung von Angora erfahren haben, alle Verräter, Armenier und Kaukasier, die in der griechischen Armee Truppen oder Klein-Affens seit 1919 gedient haben, vor das Kriegsgericht zu stellen und im Falle der Schuldspiegelung hinrichten zu lassen. Die Ententekommissare haben in Angora dagegen Vorstellungen erhoben und die Notwendigkeit einer Generalamnestie für alle Minoritäten betont. Die Zahl der jonischen Verräter allein, die seit 1920 in die griechische Armee eingezogen wurden, übersteigt 30 000.

Die Lage in England.

Verwirrung in der konservativen Partei.

London, 12. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Regierung, die anfänglich der Fortsetzung nach Neuwahlen nur sehr widerstrebend gegenüberstand, scheint jetzt im Gegenteil entschlossen zu sein, sie nach Möglichkeit zu beschleunigen. Die Ursache für den Frontwechsel liegt in der großen Verwirrung, die sich innerhalb der konservativen Partei bemerkbar macht und die für den Ausgang der Wahlen entscheidend werden könnte. Die Blätter vermuten deshalb, daß Lloyd George in seiner Rede einen letzten Versuch machen werde, die Koalition nochmals zu retten; wenn dieser Versuch scheitern sollte, so werde er die Neuwahlen möglichst schnell durchführen, um den Konservativen keine Zeit zu lassen, die Parteieinheit wieder herzustellen. Die englischen Zeitungen geben folgendes Bild über die Lage:

Lloyd George hat die Absicht, zurückzutreten. Er wünscht aber zu bleiben, wenn es ihm gelingt, das Bündnis mit den Konservativen fortzusetzen, und die Neuwahlen erst dann vorzunehmen, wenn es die auswärtige Lage gestattet. Die konservative Partei steht einem Problem gegenüber, zwischen der Freundschaft mit Lloyd George oder der Gefahr einer Parteispaltung zu wählen. Die Aufrechterhaltung der Parteieinheit durch die Bildung einer rein konservativen Regierung wäre ein gewisses Unternehmen, denn eine solche Regierung würde nach der Wahl wahrscheinlich einer kombinierten Mehrheit der Liberalen und Arbeiterpartei gegenüberstehen. Die nächste Entwicklung der Dinge liegt also bei den Entschlüssen der konservativen Parteiführer. Lloyd George ist über seine endgültige Haltung selbst noch unentschieden. Die Annahme, daß die Wahl noch vor Ende des Jahres stattfindet, kommt von der Voraussetzung her, daß die Konservativen als Koalitionspartei in diese eintreten würde.

Soweit die Darstellung der „Daily News“, die im allgemeinen richtig sei dürfte. In der Tat wäre die Lage der Konservativen außerordentlich gefährlich, wenn es ihnen nicht gelingt, vor Beginn der Wahlen die Einheit wieder herzustellen. Ein Teil würde Lloyd George, ein anderer Chamberlain, wieder ein anderer Bonar Law Gefolgschaft leisten, ein Teil für, ein anderer gegen die Koalition stimmen, und die Wahlen könnten eine Niederlage der historischen konservativen Partei sein, die für die gesamte imperialistische Entwicklung Englands von ausschlaggebender Bedeutung werden könnte.

Der Rathenau-Mord-Prozess. Die Reden der Verteidiger.

Leipzig, 12. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Der heutige und der morgige Tag gehören den Verteidigern. Die Sitzung wird um 9 1/2 Uhr eröffnet. Der Vorsitzende teilt zunächst mit, daß bei Günther außer Beteiligung auch vorher zugelasene Begünstigung in Frage komme und bei Techow neben der von der Anklage behaupteten Mittäterschaft auch Iose Beihilfe. Es ist eine Frage der Überlegung, Techow wird deshalb nochmals über das Ehrenwort befragt, ob er es überlegt oder unüberlegt gegeben habe. Techow will nicht mit der Sprache heraus, weil er auf den toten Kern nicht ein bestimmtes Licht werfen will. Er gibt unbedeutlich zu, vor Kern Mord gehandelt zu haben, und behauptet, Kern habe ihn mit Erschießen bedroht. Es war aber bei dieser Drohung niemand dabei. Techows Verhalten erscheint sehr ungläubwürdig.

Hierauf ergreift der Rechtsanwalt Feld das Wort für Iose. Der Verteidiger kann sich den Worten des Oberstaatsanwalts anschließen, der Iose Glaubwürdigkeit zugesagt hat, führt aber grundsätzlich aus, daß die Unterlassung einer Anzeige nur dann strafbar sein könne, wenn man eine glaubhafte Kenntnis eines bevorstehenden Verbrechens erhalte. Die Kenntnis des Mordplanes habe Iose von Günther bekommen, der als nicht glaubhaft und ernsthaft angesehen werden könne.

Justizrat Hahn spricht für Ernst Werner Techow. Er spricht zuerst von den traurigen Folgen der traurigen Tat, wogegen er nur die ungerechten Angriffe gegen die Rechtsparteien versteht, mit denen seiner Auffassung nach dieser Prozeß sich verbinden müsse. Es handelt sich um die Einigkeit des unreifen Fanatismus Kern, für den Techow nur ein Gehilfe gewesen sei. Ein begründeter Anlaß zur Ermordung Rathenaus habe nicht bestanden. Der Verteidiger kommt dann auf den Anteil des Antisemitismus zu sprechen. Er glaube, daß das Vordringen der jüdischen Mitbürger während der Revolutionen- und Rätezeit viel Erbitterung gezeitigt habe und so erkläre sich die Verwirrung im Kopf des unreifen Taturhebers Kern. Zu Techow kommend, erklärt Rechtsanwalt Hahn, daß seine und die Ausführungen des Rechtsanwalts Sad als ein ganzes zu betrachten seien. Bei Techow sei nicht der animus auctoris, sondern der animus loci vorhanden gewesen. Er habe die Tat nicht als eigene gemollt, sondern nur bei einer fremden Tat mitgeholfen. Er sei nicht Mittäters, sondern nur Gehilfe gewesen. Der jüngere Techow habe wiederum nur seinem Bruder helfen wollen. Am meisten habe den Verteidiger der Antrag des Anklägers erschüttert, den Tätern die Ehrenrechte abzuerkennen. Gemeiner Mord sei Lustmord, aber ein politischer Mord und nicht aus erlöser Gewinnung geboren.

Rechtsanwalt Sad schildert Techows Beteiligung. Danach war alles Dummheit und Unwissenheit Techow konnte und mußte alle Vorbereitungen und seine Reise nach Dresden um, für völlig harmlos halten, weil er ja immer als Chauffeur nur abseits an einem anderen Tische lag. Er sei nur Helfer gewesen. Techow könne schon deshalb keinen Willen zur Tat gehabt haben, weil er am Vorabend noch nichts von dem Rathenau-Mordplan gewußt habe und am Mordtage eine Probefahrt zu machen glaubte.

Umschau.

Man weiß aus englischer Quelle, daß innerhalb der englischen Regierung in der Behandlung der Orientkrise zwei Strömungen miteinander getämpft haben, die Auffassung Lloyd Georges und die Politik Lord Curzons. Curzon hat schließlich durch wiederholtes Anerbieten seiner Demission sich durchgesetzt. Er ist nach Paris gefahren und hat eine französisch-englische Einheitsfront gegen die Türkei geschaffen. Die taktische Lage war aber für ihn sehr unbequem; denn Frankreich hatte fast alle Trümpe in der Hand und es liegt nahe, daß England einen hohen Preis bezahlen mußte, um die Fühlung mit den Franzosen zu behalten. Es liegt aber ebenso nahe, zu vermuten, daß dieser Preis von Deutschland bezahlt werden muß. So ist es bisher jedesmal gegangen. Alle englisch-französischen Streitigkeiten wurden auf unserem Rücken ausgetragen. Lord Curzon mußte den Franzosen wohl oder übel ihren Willen in Deutschland lassen, wenn sie dafür Zugeständnisse in Klein-Asien machten. Ähnlich war nun aber alles aufgekehrt, was Frankreich auf seiner orientalischen Speisekarte stehen hatte, bis jetzt durch den Sieg der Türken die Sachlage sich vollkommen veränderte. Und wieder scheint Lord Curzon seiner alten Methode treu geblieben zu sein. Er opferte Englands Interessen in Deutschland, um dafür den Weg nach Indien zu behaupten. Jedenfalls kommen aus verschiedenen neutralen Staaten sehr beunruhigende Nachrichten, aus denen man herauslesen kann, daß Curzon, um sie zum Nachgeben zu bringen, sehr weitgehende Zugeständnisse in ihrer Saat- und Rheinpolitik gemacht hat. Nur soweit das Ruhrgebiet in Frage kommt, hat er noch nicht nachgegeben, aber wie zu befürchten ist, lediglich aus dem Grunde, um noch weitere Konzessionen in der Hand zu haben. Das ist noch kein Beweis. Aber die Zusammenhänge sind doch fast zwingend, wenn man sich vergegenwärtigt, daß gleichzeitig auch in Paris wieder ein sehr viel schärferer Ton gegen Deutschland angeschlagen wird. Das kann mit der Ernennung Barthous zum Vorsitzenden der Reparationskommission zusammenhängen. Es läßt sich aber ebenso natürlich erklären, wenn man hier das englische Desinteressement in Rechnung stellt. Wie kommt beispielsweise der „Temps“ dazu, sich urplötzlich über das starke Anschwellen der Renten in Deutschland zu erregen. Doch nur deshalb, weil irgend ein Grund gefunden werden muß, um eine Verflechtung Deutschlands herauszufallen. Ein anderes Schulbeispiel für die französischen Wünsche könnte man unföher finden. Es muß auch dem „Temps“ bekannt sein, daß die Forderung der deutschen Regierung, worin sie sich zur Verlangsamung der Rentenansage verpflichtet, ausdrücklich abhängig gemacht war von der Gewährung einer internationalen Anleihe. Diese Anleihe ist aber gerade infolge der französischen Hartnäckigkeit nicht zu Stande gekommen. Die amerikanischen Bankiers haben sogar ausdrücklich erklärt, daß nur Frankreich die Schuld an dem Mißerfolg der Bankierkonferenz trage.

Auf einem ganz anderen Blatt steht freilich, ob nicht Deutschland von sich aus gut daran täte, endlich aus dem Stadium der Erwägungen herauszutreten und etwas Greifbares gegen die Entwertung der Mark zu tun. Die Regierung Wirth hat sich bisher darauf beschränkt, den Dingen zuzusehen und gelegentlich dem Gewerkschaften einige Beruhigungsworte zu sagen. Jetzt macht sie plötzlich ihre Presse mobil, soweit man sieht; in der Absicht, unsere letzte Goldreserve in Höhe von 1 Milliarde Goldmark anzureifen, um dadurch zunächst die Devisenspekulation zu bekämpfen. Es wird aber auch von einer inneren Goldanleihe gesprochen, wobei erneut in altbewährter Form der Gedanke einer Befreiung der Schwere durch Inflations. Wenn das alles ist, was die Regierung zu sagen will, dann erhebt man daraus, daß sie den Kern des Problems immer noch nicht begriffen hat, denn eine innere Goldanleihe setzt doch schließlich voraus, daß diejenigen, die das Geld zeichnen, auch das Vertrauen haben, daß Deutschland die Zinsen in Gold zahlen kann, und an dem Vertrauen muß es fehlen, solange die Regierung sich nicht entschließt, mit allen Mitteln die Produktion zu erhöhen. Durch die heftige Wirtschaftspolitik wird unsere Währung geradezu verunstaltet und die Reparationskommission hat den Schein des Rechts für sich, wenn sie nachher behauptet, Deutschland sabotiere die Reparationspolitik. Gerade aber weil wir uns darauf einstellen müssen, daß jetzt aus Paris ein neuer schärferer Druck kommt, ist es umso notwendiger, daß wir alles vermeiden, was den Gewinn einer Sand- haube gegen uns geben könnte; denn wenn England in den nächsten Wochen auch nur Gemebr bei uns stehen bleibt, wird Herr Barthou die günstigste Gelegenheit sich nicht entgehen lassen, um der Welt und uns zu zeigen, was Voincarismus heißt.

Der päpstliche Nuntius in Berlin.

Berlin, 12. Okt. Der päpstliche Nuntius Pacelli besuchte gestern nach seinem Besuche beim Reichspräsidenten den Staatspräsidenten im preussischen Ministerium für Kunst und Wissenschaft und Volksbildung, Beder. Für heute ist eine Zusammenkunft mit Reichskanzler Dr. Brüning vorzusehen. Die Verhandlungen des päpstlichen Nuntius dürften Kontroversfragen betreffen.

Die Bayerische Volkspartei.

München, 11. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Bayerische Volkspartei hat mit der Ausarbeitung ihres überparteilichen Programms gemäß den Bamberger Beschlüssen eine Kommission betraut, die sich während des letzten Winters damit beschäftigt hat. Das Ergebnis ihrer Arbeit liegt nun in einem 15 Punkte umfassenden Entwurf vor. Die Schaffung eines dem Reichstag gleichberechtigten Organs der Länder wird vorangestellt. Im übrigen erstrecken sich die Forderungen der Bayerischen Volkspartei auf die Verwaltung- und Steuerhoheit der Länder, auf das Recht, Verträge abzuschließen und Vertreter im Ausland zu bestellen, auf den Staats- beschuß, Post und Eisenbahn und besonders auch auf das Schulwesen. Verschiedene Punkte treffen eine ausgesprochene Zuspitzung auf bestimmte Fragen, die bei den letzten Auseinandersetzungen zwischen Bayern und dem Reich eine Rolle gespielt haben.

Verlobung.

London, 11. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Morgenblätter melden aus Mailand, daß der König von Italien mit der Königin und dem Minister des Aeußern nach Brüssel abgereist seien, wo die Verlobung der Prinzessin Solana mit dem belgischen Kronprinzen bekannt gegeben werden soll.

Wien, 11. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) In den Kreisen der serbischen Politiker in Wien wird von erster Seite mitgeteilt, daß die Belgrader Regierung auf Wunsch des Königs am 17. Oktober, dem Tag der Eröffnung der Stupschina, ihre Demission nehmen werde. Der König wünscht, daß ein neues System Ordnung im Lande schaffen soll.

**Aus Baden.**

**Niederbühls Nachfolger.**

In der Vorstandssitzung des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen in Karlsruh gedachte der zweite Präsident Lapezermeyer Otto Burkhardt Heideberg in ehrenreichem Nachruf der großen Verdienste des plötzlich aus dem Leben gerissenen Präsidenten Niederbühl. Es wurde beschlossen, die Geschäfte in der Weise weiterzuführen, daß der bisherige zweite Präsident anstelle des Verstorbenen die Leitung des Verbandes übernimmt. Es kam noch besonders zum Ausdruck, daß das Werk Niederbühls unter allen Umständen in seinem Geiste fortgeführt werden soll. Um einen Ueberblick über die gesamte Verbandstätigkeit zu gewinnen, soll zunächst eine Aufstellung über den Bestand sämtlicher Einrichtungen angefertigt und dann einer Vorstandsitzung die Beschlußfassung über die weiter zu treffenden Maßnahmen überlassen werden. Natürlich ist auch die Weiterführung der beiden Erholungsheime in St. Leonhard und Bad Sulzburg im Sinne des verstorbenen Präsidenten gesichert.

**Ein süddeutscher Senat beim Staatsgerichtshof.**

Gestern nachmittag sind die Staatspräsidenten, die Justiz- und Innenminister von Baden, Württemberg und Hessen in Stuttgart zu einer Besprechung über die Bildung eines süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches zusammengekommen. Man war einig in dem Wunsch, daß demnächst eine gemeinschaftliche Besprechung der Justizminister von Bayern, Baden, Württemberg und Hessen mit dem Reichsjustizminister stattfinden soll.

**Kleinrentnerfürsorge.**

Die Kleinrentnerfürsorge ist nun auf den Grundlagen der neuen Richtlinien des Reichs in Baden neu geordnet worden. Die hauptsächlichsten Bestimmungen sind:

Der Antrag ist seitens des Kleinrentners, der eine Unterstützung beantragen will beim Bürgermeisteramt (Fürsorgeamt, wo in solches vorhanden) seiner Wohnortgemeinde zu stellen. Der Rentner kann sich hierbei der Hilfe der Ortsgruppe des Rentnerbundes, sofern eine solche sich an seinem Wohnort befindet, bedienen.

Voraussetzungen für die Aufnahme in die Kleinrentnerfürsorge sind, daß der Rentner deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, erwerbslos ist und am 1. Januar 1920 durch Arbeit für das Alter über die Erwerbsunfähigkeit eine Jahresrente von mindestens 500 M. höchstens 18 000 M. (für Rentner mit Familie entsprechend höher) oder eine entsprechende Sachverförmigkeit sichergestellt hat und jetzt wegen Alters oder Erwerbslosigkeit im wesentlichen auf die Versorgung angewiesen ist. Die untere Grenze gilt auch dann als erreicht, wenn das zugrundeliegende Vermögen bereits angegriffen werden mußte, jedoch der jeweilige Zinsertrag unter 500 M. zurückbleibt. Eine weitere Voraussetzung ist, daß der Rentner nicht auf Grund sonstiger reichs- oder staatsgesetzlicher Bestimmungen eine gleichwertige Unterstützung, z. B. Ruhegehalt, Erwerbslosenunterstützung, Rente auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes der Invaliden- oder Angestelltenversicherung erhält.

Die Unterstützung kann einmalig, oder laufend sein. Einmalige Unterstützungen werden nur in besonderen Fällen gewährt. Als Beispiel gilt die jetzt auf Grund besonderer Verfügung abgegebene Winterbeihilfe für Kleinrentner: sonst etwa bei Krankheit, Todesfall Angehöriger und dergl. Sie sollen innerhalb eines Jahres zwei monatliche Unterstützungsbeträge nicht übersteigen.

Die Regel soll die laufende Unterstützung bilden. Sie ist auf Grund eines Darlehensvertrages zu gewähren. Dabei sollen jedoch Vermögen unter 50 000 M. und Ausstattungsgüter abgesehen werden, wenn dies eine offensichtliche Härte bedeuten würde, insbesondere, wenn erwerbsunfähige Angehörige vorhanden sind. Die laufende Unterstützung ist in einer solchen Höhe zu gewähren, daß das monatliche Einkommen des Kleinrentners aus seinem Vermögen, bezw. seiner Sachverförmigkeit aufgeföhrt wird; bei einer alleinlebenden Person bis höchstens 1 500 M., bei einem Ehepaar bis höchstens 2 250 M., für jeden arbeitsunfähigen, im gleichen Haushalt lebenden unterhaltsberechtigten Angehörigen 50 M. Der zur Auffüllung zu zahlende Betrag ist, sofern ein Darlehensvertrag vorliegt, zu 1/2 als „verlorener Zinsfuß“ und zu 1/2 als „zinsloses Darlehen“ zu gewähren.

Am Schluß des Jahres werden die Darlehen am verpfändeten Vermögen abgeschrieben und dem Besitzer Rechnung abgelegt. Bei dieser sowie bei der endgültigen Abrechnung wird das Vermögen nach dem Kurswert des Tages in Rechnung gesetzt. Erreicht der Gesamtbetrag des Darlehens schon vor dem Tode des Rentners die Höhe des verpfändeten Vermögens, oder konnte ein Darlehensvertrag, sei es im Hinblick auf die geringe Höhe des Vermögens, sei es weil eine Verrentenversicherung vorlag, nicht abgeschlossen werden, so wird die erforderliche laufende Unterstützung als „verlorener Zinsfuß“ gewährt.

**Generalversammlung der Baden-Werk A. G.**

Die am 6. Juli 1921 gegründete „Badische Landeselektrizitätsversorgung A. G. Badenwerk“ in Karlsruhe hielt, wie bereits kurz gemeldet, am 6. Oktober 1. Js. in Forbach unter dem Vorsitz des Aufsichtsratsvorsitzenden, Präsident Dr. Paul, ihre erste ordentliche Generalversammlung ab. Die Aktionäre der Gesellschaft, die sämtlich im Besitz des Landes Baden sind, waren vertreten durch Arbeitsminister Dr. Engler und Finanzminister Köhler. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden genehmigt; dem Aufsichtsrat und dem Vorstand wurde Entlassung erteilt.

Aus dem vom Vorstand erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß die Gesellschaft das vom Staate erbaute Murgkraftwerk, sowie die Anlagen zur Versorgung der Kreise Mosbach, Karlsruhe, Baden-Baden und von Teilen der Kreise Heidelberg und Konstanz mit elektrischer Arbeit erworben hat. Am 31. März 1922, dem Schluß ihres Geschäftsjahres, verfügte sie über ein Aktienkapital von 100 Millionen Mark, von dem insgesamt 47 1/2 Millionen Mark einbezahlt waren. Außerdem hatte die Gesellschaft insbesondere zum Zweck des weiteren Ausbaus ihrer Anlagen prozentige zu 102 rückzahlbare Teilhaberverbindungen an d. Hand darzulegen im Betrage von insgesamt 500 Millionen Mark ausgeben. Von dem 30 Millionen Mark betragenden Aktienkapital der Großkraftwerk Mannheim A. G. hatte sie 26 Prozent übernommen.

In dem abgelaufenen 9 Monate umfassenden Geschäftsjahr stieg die Zahl der verkauften Gemeinden von 236 auf 399. Weitere 48 Gemeinden waren im Ausbau bzw. noch nicht im Betrieb. Angegeschlossen waren am 31. März 1922 insgesamt 56 800 Abnehmer mit rund 305 000 Lampen und 4500 Motoren und es betrug der Gesamtanschlussswert 57 436 Kilowatt. Die nutzbare Abgabe betrug 57 753 654 Kilowattstunden, und zwar 53 514 688 Kilowattstunden für Kraft, der Rest für Lichtzweck.

Wie bei allen ähnlichen Unternehmungen führte die eingetretene Geldentwertung zu einer Steigerung der Ankosten und machte erhebliche Maßnahmen notwendig, wozu die möglichste Anpassung der Strompreise an die jeweiligen Verhältnisse erforderlich wurde.

Nach einer Rücklage von 22 830 115,49 Mark für Erneuerung und Erhaltung der Anlagen und 45 388 Mark in den gesetzlichen Rückvermögen erhielt das einbezahlte Aktienkapital p. r. t. 5 Proz. Dividende; weitere 2 291,25 Mark wurden auf neue Rechnung vorgezogen.

Die ständig steigende Nachfrage nach elektrischer Arbeit führte zur Inangriffnahme der Bauarbeiten für den 2. Ausbau des Murgwerkes mit einem Speicherdamm am Schwarzenbachthal. Die abgeschlossenen Bauverträge lassen eine Inbetriebnahme dieses Werkes mit einer Leistung von 30 000 Kilowatt bei halbem Stau auf Ende 1923 erwarten. Die Arbeiten am Stollen und an der Sperrmauer treten allmählich voran. Bei Erwerbströmen steht die Inbetriebnahme eines hydroelektrischen Kraftwerkes von 900 Kilowatt Leistung unmittelbar bevor.

Für die Gestaltung des Schiffschleppwerkes hat ein Preisausreiben stattgefunden, dessen Ergebnis diese Anlage als größtes und

wirtschaftlichstes Speicherkraftwerk Deutschlands erkennen lassen. Die Projektionsarbeiten sind zumeist in vollem Gange. Im Baugebiet sind die ersten Vorarbeiten, wie Geländeerwerb, Straßenerlegung, Schlierarbeiten und dergleichen in Angriff genommen.

Der gemäß § 243 des H. G. B. neu gewählte Aufsichtsrat besteht aus: Dr. Mengenhelmer, Generaldirektor des Badischen Bauernvereins, Dr. von Bager Ehrenberg, Oberregierungsrat, Bek. Direktor der Badischen Bank, Richard Freudenberger, Landtagsabgeordneter und Fabrikant, Dr. Fuchs, Ministerialdirektor, Emil Maier, Landtagsabgeordneter, Dr. Menkhäfer, Oberbaurat, Dr. Paul, Präsident, Sammet, Ministerialdirektor, Schellenberg, Oberregierungsrat, Seeger, Oberregierungsrat.

Manheim, 11. Okt. Ein frecher Diebstahl wurde auf der Geschäftsreise am Zeughausplatz verübt. Dort benützte eine Händlerin als Kasse eine Holzbox, in der sie das vereinnahmte Papiergeld versteckte. Als die Händlerin für einen Augenblick nach einer Seite ihres Lagers gerufen wurde, und die Kiste unbeachtet ließ, benützte ein Dieb, der offenbar auf diese Gelegenheit gewartet hatte, diesen Moment und plünderte die Kasse völlig aus. Als die Händlerin zurückkehrte, war die „Kasse“ leer. Sie hat einen Verlust von 150 000 Mark zu beklagen.

Königsplatz, 11. Okt. Feuer. Gestern nacht brannte das Anwesen des Schreinermeisters R. Henninger nieder. Man vermutet Brandstiftung. Der Lehrling Henningers wurde in Untersuchungshaft genommen. Das Anwesen hatte erst vor kurzer Zeit durch Feuer großen Schaden erlitten.

**Aus der Landeshauptstadt.**

Karlstraße, 12. Oktober 1922.

**Wo bleibt der Karlsruher Gefallenen-Sedenstag?**

München trauerte am letzten Sonntag um seine 13 000 gefallenen Heldenjähne. Es war nach den vorliegenden Berichten wiederum eine ergreifende Gedächtnisfeier, die dem treuen Gedenken der 13 000 Gefallenen galt und die alle Kreise der Bevölkerung in tiefer Trauer vereinigte. Trauerläuten und bayerische Fahnen mit dem Flor brachten in das sonntägige Straßenbild düstern Ernst. In mancher Wohnung, in mancher Gaststätte waren Musik und laute Fröhlichkeit eingeschränkt oder ganz abgestellt, in einigen anderen Lokalen wurde in Antracht oder besonders gewählten Darbietungen der allgemeinen Trauerstimmung Ausdruck gegeben. Die badische Landeshauptstadt hat es bis jetzt noch nicht fertiggebracht, einen allgemeinen Trauertag einzuführen, und so wäre es doch einmal wieder an der Zeit, auf die Einführung eines Trauertages für die Gefallenen der Landeshauptstadt Karlsruhe hinzuwirken. Es wird immer so viel von allen Seiten von Einigkeit und Gemeinheitsgefühl gesprochen. Gleich nach Abschluß des Krieges nahm die Stadt Karlsruhe zwar selbst die Organisation einer Trauerfeier auf dem hiesigen Friedhof für die Gefallenen in die Hand. Parteipolitische Meinungsverschiedenheiten, die selbst an den Grübern der Gefallenen nicht Halt machten, führten jedoch dazu, daß die Stadt Karlsruhe die Organisation der Gedächtnisfeier den militärischen Vereinen überließ, die diese Kundgebung für unsere Gefallenen auch in den letzten Jahren würdig durchführten und trotzdem erleben wir im letzten Jahre das wenig erhebende Schauspiel, daß sich gewisse Kreise der Stadt über eine Gedächtnisfeier nicht einigen konnten, sondern daß zwei verschiedene Trauerfeiern stattfanden. Wir möchten nunmehr an alle Kreise die Mahnung richten, doch in diesem Jahre einen gemeinsamen Trauertag für die Tausende von Karlsruher Vätern, Söhne und Brüder einzuführen, deren Herzschlag in treuer Liebe und Unhänglichkeit für die Heimat gählt. Wenn die Stadtverwaltung aus parteipolitischen Gründen nicht den Mut besitzt, die Organisation dieses Trauertages in die Hand zu nehmen, wäre es Aufgabe der militärischen Vereine und aller anderen untertänigen Verbände und Organisationen, dafür zu sorgen, daß das Gedächtnis an die Toten unserer Toten nicht verloren geht und würdig geehrt wird. Wer die Toten ehrt, ehrt sich selbst! Jetzt gilt es nicht, von Einigkeit und Zusammengehörigkeitsgefühl zu reden, sondern zu handeln und deshalb richten wir an alle, die es angeht, die Mahnung: Schafft den Trauertag für die Gefallenen der Stadt Karlsruhe!

— **Änderung der Gebühren im Paket- und Verkehr nach dem Ausland.** Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket- und Telegramm- und Zeitungsverkehr ist mit Wirkung vom 12. Oktober an auf 600 M. festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen, sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland maßgebend. Für Ferngespräche nach dem Ausland werden ebenfalls entsprechend erhöhte Gebühren erhoben werden. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten.

— **Eine Preisermäßigung zur Beschleunigung des Verkehrs.** Im Reichs-Eisenbahnverkehr löst die Bahnsteigkarte seit einigen Tagen 2 Papier-Mark statt 1,50 M. Grund: Die Schalterfertigung muß erleichtert und beschleunigt werden und an 50-Pfennigstücken herrscht auffälliger Mangel. ... So zu lesen in einer offiziellen Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums! In sich wäre darüber kein Wort zu verlieren, daß der Preis auch für die Bahnsteigkarten mit der Zeit mitgehen. Es kommt schließlich auch heutzutage wirklich nicht mehr darauf an, ob man dafür 50 Pf. mehr oder weniger zu bezahlen hat. Nur die Tatsache muß einigermassen erheiternd in der heutigen Zeit sein, daß die Reichs-Eisenbahnverwaltung jetzt sogar Preisermäßigungen als das geeignetste und nächstgelegene Mittel zur Beschleunigung des Verkehrs hinführt.

— **Gegen den Bürokratismus.** Eine Verordnung des Reichsfinanzministeriums bestimmt, daß ganz allgemein Beträge unter 50 Mark nicht mehr eingezogen werden sollen, wenn die Schreib- und Einzelgebühren höher wären als dieser Betrag. Andere Gebühren sollten sich dem anschließen, damit es nicht wieder vorkommt, daß eine Reichsbehörde wegen 15 Pfennig Zinsen an eine Großbank eine Mahnung schickt.

— **Kindergeld von heute.** Ueber ein in der letzten Zeit typisches Bild lesen wir in den Münchener Neuesten Nachrichten: Die Notdabn-A. G. Westschl. i. Bayer. Bald steht sich wegen der vielen Vorkommnisse von Verrohung jugendlicher Reisender beiderlei Geschlechts, die an den Sonn- und Feiertagen bei der Heimfahrt in stark angetrunkenem Zustand die Reisenden in unerbittlicher Weise belästigen, verlangt, bei fernerer Wiederholung solcher Vorfälle die beiden Jäger 16 und 17 an Sonn- und Feiertagen ausfallen zu lassen.

— **Sinfonienkonzert.** Kommen den Montag, den 16. Oktober findet in dem südlichen Konzerthaus ein Sinfonienkonzert des Karlsruher Landesdeutscherorchesters statt, in welchem sich einer der wenigen Schüler von Arthur Nikisch, Heinz Gottwaldt-Tarnowski, ein Goldkonzert einführen wird. Als Solistin wurde die hervorragende Sopranistin Dorothea Kubmann-Bendorff aus Berlin gewonnen, die ihre Studien in Italien bei dem Lehrer Carlos Bonatti hat. Die Solistin wird u. a. die reizende Sopranarie aus Mozarts Oper „Die Zauberflöte“, in welcher das Violinolo Herr Konzertmeister Ottomar Bortz übernehmen wird.

**Aus aus den Standbüchern Karlsruhe.**  
Gehaltsliste. 10. Okt. Karl Müller, Rentmeister hier, mit Johanna Fortler von hier; Joseph Heiden, Kaufmann von hier, mit Anna Klein von hier; Franz Gröblich, Hilfskassierer hier, mit Maria Fischer von hier; Emil Schöndub, Schumacher hier, mit Friederike Lang von hier; Josef Buch, Fabrikarbeiter hier, mit Luise Gaur von hier; Karl Kramer, Kontorist u. Koch von hier, mit Dorothea Müller geb. v. Berg, von hier; August Albrecht, Metzgermeister in Riehl, mit Bertha Bergmann von hier; Gottlieb Zehrer, Händler und Hausierer von Riehl, mit Anna Graf von hier; Otto Bellen, Gärtner von Döb, mit Emma Bergmann von hier; Edmund Gramlich, Eisen-Zett. von Mandelheim-Rheinart, mit Marie Madischke von hier.  
Todesfälle. 10. Okt. Herrm. Gahrth, led., 84 Jahre alt, Rentn. Rat a. D.; Marie Feiler, 57 Jahre alt, Ehefrau von Wilhelm Feiler, Obermaterialienbesitzer. — 11. Okt.: Karl Leppert, Ehem., 69 Jahre alt, Versicherungsbeamter.

**Bunte Zeitung.**

**Krankheitsübertragung durch Insekten.**

Daß man Insekten, vor allem Ungeziefer in den Wohnungen die Entstehung von Krankheiten verantwortlich macht, ist nichts Neues. Aber wissenschaftlich erstodt werden diese Beziehungen erst seit etwa 30 Jahren, indem man darauf gekommen ist, daß die Erreger der Malaria durch den Stich bestimmter Mücken in das Blut des Menschen gebracht werden und dort die Malaria erzeugen. Es gibt keine Malaria ohne Stechmücken, das ist das Ergebnis jahrzehntelanger Forschung. Das beste Vorbeugungsmittel gegen Malaria ist deshalb auch der Schutz vor den Mücken, zu welchem Zweck bekanntlich in den Tropen in der Schilfzeit eigens dazu konstruierte Netze verwendet werden. Während des Krieges hat man sich fast ausschließlich auf die Hilfe des Chinins gegen Malaria beschränken müssen, da Schutzmaßnahmen gegen die Stechmücken meistens nicht durchführbar waren. Eigenartig ist, daß nach dem Kriege, während dessen doch die Truppen aller Völker von der Malaria-Verleumdung betroffen waren, in den Ländern nördlich der Alpen kaum Neuerkrankungen an Malaria vorgekommen sind. Zweifellos hängt dies mit der verbesserten Wohnungshygiene, der intensiveren Landwirtschaft, mit der reichlicheren Bodenerwärmung und der Hebung des Viehstandes zusammen; namentlich das letztere fällt dabei ins Gewicht, da die Mücken es vorziehen, das Vieh zu stechen, das jedoch seinerseits gegen Malaria immun ist. Andere von Stechmücken übertragene Krankheiten, z. B. das gelbe Fieber, kommen in den Ländern der gemäßigten Zone nicht vor.

Dagegen gibt es außer der Malaria noch eine Reihe anderer Infektionskrankheiten, die von Insekten übertragen werden. So spielen namentlich in der Pestlehre die Insekten eine große Rolle. Hier sind es die Rattenflöhe, die die Pest von der Ratte, der ersten Bestquelle, auf den Menschen übertragen; denn sobald diese Flöhe „brotslos“ werden, gehen sie auf den Menschen über. Man bekämpft die Pest, indem man die Ratten bekämpft, und in dieser Hinsicht leistet die fortgeschrittene Kultur mit ihrer vollkommenen Technik des Hausbaus das Meiste.

Auch die Kleiderläuse, die jeder Krankheitsüberträger kennen und „haken“ gelernt hat, sind heimtückische Krankheitsüberträger. Ihnen verdanken wir namentlich das Rückfallfieber und den Flecktyphus. Man hat gefunden, daß die Selbstreinigung der Kleider durch das Verhungernlassen der Läuse 40 Tage dauert. Ebenso lange dauert es, bis Kleidung und Umhang eines am Fleckfieber bereits Erkrankten von selbst anseuchungsfrei werden. Auch das erst während des Krieges entdeckte wohnungshygiene, das Fleckfieber, wird durch sie übertragen. Diese Seuche ist natürlich auch schon früher vorgekommen, von der indolenten, ziemlich vernachlässigten und kulturlosen Bevölkerung Wohnplätze aber nicht beachtet worden.

Eine andere, gewissermaßen indirekte Art der Krankheitsübertragung zeigen die Stubenfliegen. Sie stechen nicht, übertragen somit auch den Krankheitsbazillen nicht auf den Menschen; aber indem sie mit den Kranken in Berührung kommen und nach sich auf Speisen niederlassen, haben sie reichlich Gelegenheit, Bazillen zu verschleppen. Die Verbreitung der Ruhr im Kriege ist hauptsächlich auf die Stubenfliegen zurückzuführen. Ebenso ist die Fliege der Verbreiter des Typhus, moruntis besonders der Osten mit seiner Fliegenplage schwer zu leiden hat.

**Eisenbahnunfall.** Mittwoch früh entliefte auf dem Algeyer Bahnhof ein Personenzug der Strecke Algeyer-Borms. Ein Wagen wurde dabei zertrümmert. Drei Personen — zwei Herren und eine Dame — wurden getötet, eine Frau und zwei Kinder schwer, sechs Personen leicht verletzt. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts festgestellt.

**Millionenunterstützungen.** In einem Warenlager des Münchener Hauptwohlfahrtsauschusses sind Millionenunterstützungen vorgekommen. Die Polizei hat bei acht angelegten Hausdurchsuchungen angeknüpft. Bei zwei weiblichen Angekl. fand man Waren im Werte von 1 1/2 Millionen Mark. Die Beschuldigten wurden verhaftet.

**Deutsche Buddhisten.** Während des Krieges wurden alle Deutschen auf Ceylon und daher auch die dortigen deutschen buddhistischen Mönche interniert. Der Friede brachte ihnen wohl die Freiheit wieder, nicht aber die Erlaubnis, an ihre alte Wirkungsstätte, das einsame Kloster auf der Insel Polgasuma bei Dabanduma mit seiner schönen Bibliothek, zurückzukehren. Der Leiter der deutsch-buddhistischen Mönchsgemeinde Sittipala-Nyanatiloka, ein Sohn des Wiesbadener Gymnasialdirektors Güth, weist gegenwärtig als Dozent für Pali und südlichen Buddhismus in Japan.

**Der älteste Mann Deutschlands.** Der Landwirt Valentin Bauschke in Kiella, Kreis Rohn, hat am 1. Oktober die Feier seines 117. Geburtstages begangen. Er ist damit der älteste Einwohner Schlesiens, vielleicht auch Deutschlands. Zu der Geburtstagsfeier hatte er seine sämtlichen Kinder, Enkel, Urenkel und Urenkelin um sich versammelt, insgesamt 215 Personen.

**Als reichste Frau Österreichs** wird gegenwärtig die Opernsängerin Maria Jerich angeprochen. Frau Jericha, die in Amerika die höchstbezahlte Sängerin war, hat als letzte Rolle vor ihrer neuen Amerikareise dieser Tage in Wien die Tosta gesungen. Dabei waren die Preise so stark erhöht, daß die Gesamteinnahme den Betrag von 140 Millionen Kronen erreicht hat. Die Blöße kosteten von 18 000 Kronen an, und für ganze Logen wurden 900 000 gezahlt. Das Haus war vollkommen ausverkauft. Es war ein Rekord an Einnahme und an Verkauf. Das Honorar der Jericha war entsprechend der Gesamteinnahme.

**Ein Serum gegen Cholera.** Der „Matin“ meldet aus Tunis: Drei Verzte vom Pasteurischen Institut, Nicolle, Connor und Conzeil, haben ein neues Serum gegen die Cholera hergestellt, mit dem sie an sich selbst Versuche mit vollem Erfolge anstellten.

**Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe**

Stationen	Aufwind in Metern	Temperatur	Gestirne	Niedrigste Temp.	Wetter
Wienheim	...	7,8	7	5	Rebel
Königsstuhl	...	7,8	8	6	bedeckt
Karlsruhe	...	7,7	8	7	bedeckt
Baden-Baden	...	7,7	8	7	bedeckt
Badenweiler	...	...	...	...	...
St. Blasien	...	7,8	4	4	halb bedeckt
Willingen	...	7,8	4	4	Rebel
Heidelberg	...	8,4	1	0	...

**Allgemeine Witterungsübersicht.** Das Hochdruckgebiet hat sich nach Rußland zurückgezogen, selbst aber einen Ausläufer westwärts über Mitteleuropa, in dessen Bereich heiteres bis wolloses Wetter ohne erhebliche Niederschläge herrscht. Da ein über Island erdichtener Sturmwind das Hochland kaum beeinflussen wird, ist meist trockenes, teilweise aufsteigendes Wetter ohne wesentliche Temperaturänderung zu erwarten.

**Wetterausblick für Freitag, 13. Oktober 1922:** Teilweise aufsteigend, meist trocken, Temperatur nicht verändert, schwache Aufwindbewegung.

**Wasserstand des Rheins.**

Schutterinsel, 12. Okt., morg. 6 Uhr, 235 Stm. (gef. 13 Stm.), steh. 12 Okt. morg. 6 Uhr, 236 Stm. (gef. 17 Stm.), Regau 12. Okt., morg. 6 Uhr, 229 Stm. (gef. 9 Stm.), Mannheim, 12. Okt., morg. 6 Uhr, 443 Stm. (gef. 3 Stm.).

**Hühnerausen**  
Hornhaut, Schwielen u. Warzen  
besonders  
sicher u. schmerzlos  
In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich.  
Gegen Fußschweiß und Wundläufen Kükirrol-Fußbad

Drogerien: Booss, Nollkenstr. 1; Dammert, Schützenstr. 82; Dohn Nachf., Zähringstr. 55; Ellinger, Kaiserstr. 65; Fischer, Karlsruh, 74; Gohardt, Ansbachstr. 24; Mannschott, Lindstr. 2; Reiss Jun., Söthenstr. 12; Roth, Herrestr. 29; Tacherning, Analienstr. 19; Walz, Kurfürstenstr. 17; Kalsert, 245; in Karlsruhe-Mühlburg: Korkuz Drogerie, Philippsstr. 14.

**Spare Gas mit Yegea!**  
DEGEA-SPARGLÜHKÖRPER  
VERBÜRGEN LAUT WISSENSCHAFTLICHE FESTEINSTELLUNG EINE GASERSPARNIS VON 25%



Der Valutamarkt.

Berliner Devisennotierungen. Berlin, den 12. Okt. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Table with columns for Telegraph. Auszahlung, Gold, Brief, and various international exchange rates for locations like Amsterdam, Brüssel, London, etc.

Frankfurter Devisennotierungen. Frankfurt, den 12. Okt. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Table with columns for Telegraph. Auszahlung, Gold, Brief, and various international exchange rates for locations like Antw., Brüssel, London, etc.

Zürcher Devisennotierungen. Zürich, den 12. Okt. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Table with columns for Telegraph. Auszahlung, Gold, Brief, and various international exchange rates for locations like Holland, Deutschland, Wien, etc.

Notierungen der Berliner Börse vom 12. Okt.

Industrie-Aktien (Hütten- u. Bergwerks-Aktien)

Table listing various industrial and mining stocks with their respective prices and market movements.

Bank-Aktien, Kolonialwerte, Schiffahrtswerte

Table listing bank stocks, colonial values, and shipping values with their respective prices.

Festverzinsliche Papiere.

Table listing fixed interest securities with their respective prices and yields.

Notierungen der Frankfurter Börse vom 12. Okt.

Table listing Frankfurt stock market prices for various companies and sectors.

Advertisement for Knorr Suppenwürfel (Soup Cubes), featuring the Knorr logo and text: 'Suppenwürfel vorzüglich, nahrhaft, bequem'.

Handelsregister B. Band VII, O. S. 51 ff. Eintragung: Firma und Sitz: Badische Herbstfabrik G. Koepfer, Aktiengesellschaft...

Amliche Bekanntmachung. Die Neueneuerung der Grundfläche...

Freundenstein - Hohentlingen, Station Maulbronn, Wittg. Wein-Versteigerung...

Residenz-Lichtspiele. Waldstr. 30 - Telefon 5111. Die Perlen der Lady Harrison...

Brillanten, Perlen, Gold- und Silber-Gegenstände. Karl Jock, Juwelier, Karlsruhe: Kaiserstr. 141.

BILANZEN. Oberheinsche Treuhand-A.G. Karlsruhe, Karlstraße 13, Tel. 2617.

Jagdverpachtung. Die Gemeinde Kleinheubach...

Jagdverpachtung. Die Gemeinde Mennighausen...

Jagdverpachtung. Die Gemeinde Mennighausen...

Jagdverpachtung. Die Gemeinde Mennighausen...

Jagdverpachtung. Die Gemeinde Mennighausen...

Lebensstellung. Hohes Einkommen u. gesellschaftliche Unabhängigkeit...

Photograph-Apparat. Aut. erb. zu kauf. gesucht...

Schnauzer. (Hübel) sofort zu kaufen gesucht...

Zu verkaufen. Rohu- u. Geschäftsbüro...

Häuser und Geschäfte. Altes Haus zu verkaufen...

Elektromotoren. Für Badenwert, 1-1/2 PS...

Suche. Zur Beschaffung zweier Kinder...

Mädchen. Bei hohem Gehalt in feiner Haushalt...

Mädchen. Unabhängiges Monatsmädchen...

Zwei-Zimmer-Wohnung. Gut möbliert, mit Küche...

Zwei-Zimmer-Wohnung. Gut möbliert, mit Küche...